

## **Bewerbererklärungen**

### **Hinweise zur Bewerbung nichtoffener Realisierungswettbewerb Neubau Hauptwache mit Rettungswache und integrierter Leitstelle**

1. Es gelten die Hinweise in der EU Veröffentlichung.
2. Die Bewerbung ist in deutscher Sprache zu verfassen.
3. Die vollständig ausgefüllte „Bewerbererklärung“ ist gemeinsam mit allen in der EU-Bekanntmachung geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweisen bis zum 15.12.2021, 11:00 Uhr elektronisch über die Vergabeplattform <https://ausschreibung.deutsche-vergabe.de/vergabe.einkauf/login.aspx> einzureichen.

**Liste der mit dem Teilnahmeantrag für die Zulassung zum Wettbewerb  
einzureichenden Unterlagen**

- |  |                          |
|--|--------------------------|
| Teilnahmeantrag  | <input type="checkbox"/> |
| Eigenerklärung zur Eignung                                       | <input type="checkbox"/> |
| Referenzblatt 1 + Nachweis                                       | <input type="checkbox"/> |
| Referenzblatt 2 + Nachweis                                       | <input type="checkbox"/> |
| Referenzblatt 3 + Nachweis                                       | <input type="checkbox"/> |
| Referenzblatt 4 + Nachweis                                       | <input type="checkbox"/> |
| Referenzblatt 5 + Nachweis                                       | <input type="checkbox"/> |
| aktueller Auszug Berufs- oder Handelsregister                    | <input type="checkbox"/> |
| Eigenerklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung<br>nach § 46 VgV | <input type="checkbox"/> |
| Bewerbergemeinschaftserklärung                                   | <input type="checkbox"/> |
| Nachweis der geforderten beruflichen Qualifikation               | <input type="checkbox"/> |

## 1. Allgemeine Informationen zum Bewerber bzw. zur Bewerbergemeinschaft

Name Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaft	
Straße und Hausnummer	
Postleitzahl und Ort	
Land	
Telefon/Telefax	
E-Mail	
Rechtsform des Unternehmens/ der Unternehmen	
Bei Bewerbergemeinschaften und juristischen Personen: Bevollmächtigter Vertreter	

### 1.1. Bewerbergemeinschaft

- Wir bieten als Bewerbergemeinschaft an.
  - Eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterschriebene Erklärung mit Benennung des bevollmächtigten Vertreters liegt den Bewerbungsunterlagen bei.
- Hinweis: Bei Bewerbergemeinschaften sind Angaben zu III.2.1) auf die Bewerbergemeinschaft bezogen anzugeben.

## 2. Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

### 2.1 Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer gemäß III.1.10) der Bekanntmachung

- Präsentation der Referenzprojekte liegen bei
- Es sind Referenzprojekte auf max. 4 Seiten DIN-A4 (einseitig) in Form von Text, Fotos, Zeichnungen aussagekräftig darzustellen. Aus der Präsentation soll die Fachkunde insbesondere im Hinblick auf die angegebenen Eignungskriterien erkennbar sein.

### 2.2 Angaben zu einem besonderen Berufsstand gemäß III.2.1) der Bekanntmachung

Teilnahmeberechtigt am Wettbewerb sind in den EWR-/WTO-/GPA-Staaten ansässige natürliche Personen, juristische Personen und Bewerbergemeinschaften, deren Projektverantwortlicher zur Führung der Berufsbezeichnung (Architekt, Ingenieur...) befugt ist. Ist die Berufsbezeichnung am jeweiligen Heimstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als (Architekt, Ingenieur...) wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2013/55/EU entspricht.

**Teilnahmeantrag nichtoffener Planungswettbewerb  
mit Auswahl der Wettbewerbsteilnehmer nach Qualitätskriterien**

Antrag zur Teilnahme am nichtoffenen Planungswettbewerb

Bekanntmachung im Supplement des Amtsblatts der EU (Datum, Nummer)	
---	--

**Hinweise für Bewerber**

Teilnahmeantrag bitte vollständig ausfüllen bzw. zutreffendes ankreuzen.

Bewerbergemeinschaften füllen einen gemeinsamen Teilnahmeantrag aus und legen eine gemeinsame Liste der Referenzprojekte vor.

Der Teilnahmeantrag ist rechtsverbindlich zu unterschreiben. Angaben im Antrag sowie das Ankreuzen der vorgesehenen Felder sind rechtsverbindliche Erklärungen des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft.

Zutreffende Anlagen sind dem Teilnahmeantrag vollständig ausgefüllt anzufügen.

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

**Wir bewerben uns als:** bitte ankreuzen

- Einzelbewerber**
- Bewerbergemeinschaft**

Dieses Formblatt kann im Falle einer Bewerbergemeinschaft vervielfältigt werden.

Bürobezeichnung | Bezeichnung der Bewerbergemeinschaft | Name Vorname des Verfassers

Telefon | E-Mail

Straße | PLZ | Ort

Fachrichtung | Kammer | Kammer-Nummer | Eintragungsort | seit

Bürogründung

**Formblatt | Bevollmächtigter Vertreter/in  
der Bergergemeinschaft/ der juristischen Person**

Name | Vorname

Straße | PLZ | Ort

Telefon | E-Mail

Fachrichtung | Kammer | Kammer-Nummer | Eintragungsort | seit

Datum | Vor- und Nachname bevollmächtigte\*r Vertreter\*in

## **Unternehmensbezogene Referenzen**

Bitte stellen Sie Ihre Referenz jeweils auf 4 DIN A4 Seiten oder alternativ 2 DIN A3 Seiten dar.  
Die Referenzblätter und Nachweise sind bitte hinter die dazugehörigen Formblätter  
im Bewerbungsbogen einzuordnen.

### **Projektverantwortung**

Als Projektverantwortlicher wird benannt:

Name	
Titel	
Berufsbezeichnung	

Hinweis: Der Projektverantwortliche ist die für die Erbringung der Leistung als verantwortlich vorgesehene Person.

- Ich/wir versichern, dass der oben genannte Projektverantwortliche gemäß den o.g. Bestimmungen zur Führung der geforderten Berufsbezeichnung befugt ist.

### **3. Zusätzliche Angaben gemäß VI.3) der Bekanntmachung**

#### **3.1 Angaben für die Bewerbung zur Teilnahme am Wettbewerb:**

- a) Bewerbungsunterlagen stehen über die Website  
<https://ausschreibung.deutsche-evergabe.de/evergabe.einkauf/login.aspx>  
zum Download bereit;
- b) Mit den Bewerbungsunterlagen ist der „Teilnahmeantrag“ ausgefüllt einzureichen;
- c) Zur Bewerbung zugelassen sind Einzelunternehmen oder Bergergemeinschaften. Bergergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag die von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Anlage „Erklärung Bergergemeinschaft“) abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter aufgezeigt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Bergergemeinschaften füllen einen gemeinsamen Teilnahmeantrag aus und legen eine gemeinsame Referenzliste vor. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bergergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bergergemeinschaften im weiteren Verfahren;
- d) Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden auf die Möglichkeit der Bildung von Bergergemeinschaften hingewiesen;
- e) Formlose Bewerbungen und nicht rechtskräftig unterschriebene sowie nicht fristgerecht eingegangene Teilnahmeanträge führen zum Ausschluss der Bewerbung;
- f) Die Zusammensetzung des Preisgerichts ist nicht endgültig. Die Ausloberin kann die Zusammensetzung ändern und einzelne Personen hinzufügen.
- g) Die Bewerber\*innen/Teilnehmer\*innen haben die Teilnahmeberechtigung nach § 6 VgV (Vermeidung von Interessenkonflikten) und nach RPW 2013 § a Abs. 2 (Teilnahmehindernisse) eigenverantwortlich zu prüfen.



### 3.2 Angaben zum Verhandlungsverfahren nach VgV:

Die Auftragsvergabe der Wettbewerbsaufgaben erfolgt in einem Vergabeverfahren nach VgV.

Der Auftraggeber wird unter Würdigung der Empfehlung des Preisgerichts einem oder mehreren der Preisträger die für die Umsetzung des Wettbewerbsentwurfs notwendigen Planungsleistungen übertragen.

#### Hinweise:

Grundlage für die Beauftragung im Verhandlungsverfahren ist das Vertragsmuster des Auftraggebers.

Nach dem Wettbewerbsverfahren müssen die Preisträger nachfolgende Nachweise in Bezug auf die Mindestanforderungen, Ausschlussgründe und Eignung vorlegen. Können diese Nachweise nicht erbracht werden, wird der Preisträger vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Preisträger können im Hinblick auf die nachzuweisende Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe).

- a) Eigenerklärung des Preisträgers zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 42 (1) und (2) VgV.
- b) Nachweis des Preisträgers (natürliche Personen, juristische Personen, Bergbauergemeinschaften) zu beruflichen Befähigung für den Projektverantwortlichen entsprechend 2.2 dieses Antrags.
- c) Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung. Nachzuweisen ist eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mindestens 10 Millionen Euro für Personenschäden und über 5 Millionen Euro für Sachschäden bei einem in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmers erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das 2-fache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung für das Objekt muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben;
- d) Eigenerklärung zur Eignungsleihe: Will der/die Bewerber\*in für den Nachweis erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, so hat der diese Unternehmen und die Leistungsteile, welche in Anspruch genommen werden sollen, zu benennen. Bei der Prüfung der Eignung des Bewerbers werden Leistungen der Eignungsleihe nur in dem Umfang und für die Bereiche der beabsichtigten Leistungsübertragung bewertet. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist auf Anforderung nachzureichen.
- e) Eigenerklärung zur beabsichtigten Untervergabe von Teilleistungen: Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrages der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, so hat er diese Unternehmen und die Leistungsteile, die vergeben werden

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

sollen, zu benennen. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist auf Anforderung nachzureichen.

Falls diese Nachweise abgefragt werden:

- f) Eigenerklärung zur Anzahl der Mitarbeiter des Preisträgers. Anzugeben ist die Anzahl der Mitarbeiter und Führungskräfte, die für den Auftrag zur Verfügung stehen, ohne Praktikanten und Sekretariat. Teilzeitstellen sind auf Vollzeitstellen umzurechnen.

**4. Anlagenverzeichnis**

Verzeichnis aller vom Bewerber bzw. von der Bewerbungsgemeinschaft eingereichten Erklärungen, Nachweise und sonstiger Unterlagen. Nachweise und Erklärungen sind Bestandteil des Teilnahmeantrags.

Ort | Datum | Vor- und Nachname bevollmächtigte\*r Vertreter\*in

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

Formblatt Kategorie 1 Wettbewerbserfolg

**Referenz 1 Wettbewerbserfolg**

Bewertung mit max. 12 Punkten

Projektbezeichnung	
Bauherr bzw. Ausloberin	
Art des Erfolgs, Wettbewerbsart	
Erbrachte LPH + Projektbeginn	
Fertigstellung	
BGF/BRI	
Bauwerkskosten KG 300-400 netto	<i>(bei Wettbewerbern Nachweis durch Auslobung, Raumprogramm o.ä. geeignete Unterlagen)</i>
Erzielter Energiestandard	<i>(bei Wettbewerbern Nachweis durch Auslobung, Raumprogramm o.ä. geeignete Unterlagen)</i>
Verfasser (= Name des Bewerbers/Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)	

Bitte beilegen: Erläuterung des Projekts auf Referenzblatt DIN A4 oder Nachweis  
Wettbewerbserfolg z.B. durch eine Kopie aus "Wettbewerb Aktuell" Dokumentation o.Ä.

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

Formblatt Kategorie 2

**Referenz 2 ausgezeichnete oder zertifizierte realisierte Projekte**

Bewertung mit max. 9 Punkten

Projektbezeichnung	
Bauherr bzw. Ausloberin	
Art der Auszeichnung/ Zertifizierung	
Erbrachte LPH + Projektbeginn (mind. LPH 2)	
BGF/BRI	
Bauwerkskosten KG 300-400 netto	<i>(bei Wettbewerbern Nachweis durch Auslobung, Raumprogramm o.ä. geeignete Unterlagen)</i>
Erzielter Energiestandard	<i>(bei Wettbewerbern Nachweis durch Auslobung, Raumprogramm o.ä. geeignete Unterlagen)</i>
Verfasser (= Name des Bewerbers/Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)	

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

Formblatt Kategorie 3

**Referenz 3 Objektplanung**

Bewertung mit max. 25 Punkten

Projektbezeichnung	
Bauherr bzw. Ausloberin	
Erbrachte LPH+ Projektbeginn (mind. LPH 2)	
BGF/BRI	
Bauwerkskosten KG 300-400 netto	<i>(bei Wettbewerbern Nachweis durch Auslobung, Raumprogramm o.ä. geeignete Unterlagen)</i>
Erzielter Energiestandard	<i>(bei Wettbewerbern Nachweis durch Auslobung, Raumprogramm o.ä. geeignete Unterlagen)</i>
Verfasser (= Name des Bewerbers/Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)	

Kategorie 3 –Objektplanung

Nachweis eines vergleichbaren geplanten und realisierten Projektes im Bereich Objektplanung.

Es werden folgende Kriterien bewertet:

a) Bauwerkskosten (KG 300-400), mindestens 24 Mio. EUR, netto

24 Mio. EUR oder mehr = 9 Punkte

20 bis 24 Mio. EUR = 6 Punkte

16 bis 20 Mio. EUR = 3 Punkt

weniger als 16 Mio. EUR = 0 Punkte

b) Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen.

Leistungsphase 2 = 1 Punkt

Leistungsphase 3 = 1 Punkt

Leistungsphase 4 = 1 Punkt

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

Leistungsphase 5 = 1 Punkt

Leistungsphase 6 +7 = 1 Punkt

Leistungsphase 8 = 1 Punkt

c) Vergleichbare Größe, mindestens 15.000 m<sup>2</sup> BGF

15.000 m<sup>2</sup> BGF oder mehr = 9 Punkte

12.500 bis 15.000 m<sup>2</sup> BGF = 6 Punkte

10.000 bis 12.500 m<sup>2</sup> BGF = 3 Punkt

weniger als 10.000 m<sup>2</sup> BGF = 0 Punkte

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

Formblatt Kategorie 4

**Referenz 4 Technische Gebäudeausrüstung**

Bewertung mit max. 25 Punkten

Projektbezeichnung	
Bauherr bzw. Ausloberin	
Erbrachte LPH+ Projektbeginn (mind. LPH 2)	
BGF/BRI	
Bauwerkskosten KG 300-400 netto	<i>(bei Wettbewerbern Nachweis durch Auslobung, Raumprogramm o.ä. geeignete Unterlagen)</i>
Erzielter Energiestandard	<i>(bei Wettbewerbern Nachweis durch Auslobung, Raumprogramm o.ä. geeignete Unterlagen)</i>
Verfasser (= Name des Bewerbers/Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)	

Kategorie 4 – Technische Gebäudeausrüstung

Nachweis eines vergleichbaren geplanten und realisierten Projektes im Bereich „Technische Gebäudeausrüstung“.

Es werden folgende Kriterien bewertet:

- a) Kosten der KGR 400, mindestens 6 Mio. EUR, netto
- 6 Mio. EUR oder mehr = 9 Punkte
- 5 bis 6 Mio. EUR = 6 Punkte
- 4 bis 5 Mio. EUR = 3 Punkte
- weniger als 4 Mio. EUR = 0 Punkte

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

b) Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen.

Leistungsphase 2 = 0,5 Punkte

Leistungsphase 3 = 0,5 Punkte

Leistungsphase 4 = 0,5 Punkte

Leistungsphase 5 = 0,5 Punkte

Leistungsphase 6 + 7 = 0,5 Punkte

Leistungsphase 8 = 0,5 Punkte

c) Vergleichbare Größe, mindestens 15.000 m<sup>2</sup> BGF

15.000 m<sup>2</sup> BGF oder mehr = 9 Punkte

12.500 bis 15.000 m<sup>2</sup> BGF = 6 Punkte

10.000 bis 12.500 m<sup>2</sup> BGF = 3 Punkte

weniger als 10.000 m<sup>2</sup> BGF = 0 Punkte

d) Bearbeitete Anlagengruppen. Gewertet werden nur die Anlagengruppen, die mind. In den  
Leistungsphasen 2 bis 8 bearbeitet wurden.

Anlagengruppe 1 = 0,5 Punkte

Anlagengruppe 2 = 0,5 Punkte

Anlagengruppe 3 = 0,5 Punkte

Anlagengruppe 4 = 0,5 Punkte

Anlagengruppe 5 = 0,5 Punkte

Anlagengruppe 6 = 0,5 Punkte

Anlagengruppe 7 = 0,5 Punkte

Anlagengruppe 8 = 0,5 Punkte



Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

Formblatt Kategorie 5

**Referenz 5 Tragwerksplanung**

Bewertung mit max. 25 Punkten

Projektbezeichnung	
Bauherr bzw. Ausloberin	
Erbrachte LPH+ Projektbeginn (mind. LPH 2)	
BGF/BRI	
Bauwerkskosten KG 300-400 netto	<i>(bei Wettbewerbern Nachweis durch Auslobung, Raumprogramm o.ä. geeignete Unterlagen)</i>
Erzielter Energiestandard	<i>(bei Wettbewerbern Nachweis durch Auslobung, Raumprogramm o.ä. geeignete Unterlagen)</i>
Verfasser (= Name des Bewerbers/Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)	

Kategorie 5 –Tragwerksplanung

Nachweis eines vergleichbaren geplanten und realisierten Projektes im Bereich „Tragwerksplanung“.

Es werden folgende Kriterien bewertet:

a) Bauwerkskosten (KG 300-400), mindestens 24 Mio. EUR, netto

24 Mio. EUR oder mehr = 9 Punkte

20 bis 24 Mio. EUR = 6 Punkte

16 bis 20 Mio. EUR = 3 Punkt

weniger als 16 Mio. EUR = 0 Punkte

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

b) Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen.

Leistungsphase 2 = 1 Punkt

Leistungsphase 3 = 1 Punkt

Leistungsphase 4 = 1 Punkt

Leistungsphase 5 = 1 Punkt

c) Vergleichbare Größe, mindestens 15.000 m<sup>2</sup> BGF

15.000 m<sup>2</sup> BGF oder mehr = 9 Punkte

12.500 bis 15.000 m<sup>2</sup> BGF = 6 Punkte

10.000 bis 12.500 m<sup>2</sup> BGF = 3 Punkt

weniger als 10.000 m<sup>2</sup> BGF = 0 Punkte

## **Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)**

Die Ausloberin (Stadt Trier, im folgenden Ausloberin genannt) verarbeitet im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit diesem Datenschutzhinweis werden die Teilnehmenden über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten informiert.

### **1. Datenschutzbeauftragte**

Die Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten der Stadt Trier:

Stadtverwaltung Trier, Am Augustinerhof, 54290 Trier

### **2. Rechtsgrundlage und der Zweck der Verarbeitung der personenbezogenen Daten**

Die Ausloberin hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV). Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung des Vergabeverfahrens und erfolgt auf Grundlage von § 3 BDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO und Art. 6 Abs. 1 lit. b und c DSGVO. Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote unvollständig und damit auszuschließen sind.

### **4. Welche personenbezogenen Daten werden erhoben?**

Die Ausloberin erhebt, verarbeitet und nutzt die Daten, die die Teilnehmer im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen. Das sind insbesondere: Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartner\*innen der Bietenden (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer), Daten zu Ausschlussgründen i.S.v. §§ 123 bis 126 GWB Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen. Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern die Ausloberin dazu rechtlich verpflichtet sind oder die Teilnehmenden eingewilligt haben.

### **5. Datenverarbeitung**

Die Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und der Vergabeakte beigelegt.

## **6. Dauer der Aufbewahrung**

Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen.

## **7. Recht auf Auskunft**

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

### **Recht auf Berichtigung**

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - eine Vervollständigung verlangt werden.

### **Recht auf Löschung**

Die betroffene Person kann die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der Anspruch hängt jedoch u.a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

### **Recht auf Widerspruch**

Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist.

Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

### **Recht auf Widerruf**

Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt.

Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

### **Recht auf Beschwerde**

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland – Pfalz

Postfach 3040

55020 Mainz

Telefon: 06131/208-2449

Telefax: 06131/208-2497

E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

**Eigenerklärung zur Eignung**  
(vom Bewerber/Mitglied der **Berbergemeinschaft** sowie zugehörigen anderen  
Unternehmen auszufüllen)

Name und Anschrift des Unternehmens

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

Ort: .....  
Datum: .....  
Tel.: .....  
Fax: .....  
E-Mail: .....  
Ust.-ID-Nr.:

**Bezeichnung der Leistung:**

.....	.....
.....	.....

**Angaben zur Eintragung in das Berufsregister und zur Berufsgenossenschaft ihres Sitzes oder Wohnsitzes**

	Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister	
	unter der Nummer	.....
	beim Amtsgericht	.....
<input type="checkbox"/>	Ich bin/wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.	

Ich gehöre/Wir gehören zu

<input type="checkbox"/>	Handwerk
<input type="checkbox"/>	Industrie
<input type="checkbox"/>	Handel
<input type="checkbox"/>	Versorgungsunternehmen
<input type="checkbox"/>	Sonstigem

Auf entsprechende Aufforderung der Vergabestelle werde(n) ich/wir zur Bestätigung meiner/unsere Erklärung vorlegen: Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.

Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.	Ich bin/Wir sind Mitglied	
	<input type="checkbox"/>	der Berufsgenossenschaft

**Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren**

		unter Nummer: .....
	<input type="checkbox"/>	.....
<p>Auf entsprechende Aufforderung der Vergabestelle werde(n) ich/wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft (sofern diese nicht verfügbar ist, eine gleichwertige Bescheinigung des für mich/uns zuständigen Versicherungsträgers) mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.</p>		

<sup>12</sup> Name und berufliche Qualifikation des Bewerbers und der Person, welche für die Erbringung der Leistung als verantwortlich vorgesehen sind bzw. diese tatsächlich erbringen (Nachweis gemäß § 43 Abs. 1 VgV; z.B. in Form von Studienabschlussnachweisen, Kammermitgliedsbescheinigungen für den Bewerber und Projektleiter)			
Vor- und Zuname	Berufsbezeichnung/Qualifikation	Dauer in Jahren	
		Bürozugehörigkeit	Berufserfahrung
<b>Bewerber</b>			
<b>Projektleiter</b>			
<b>Stellv. Projektleiter</b>			
<b>Alle weiteren Mitglieder des Projektteams</b>			

<b>Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation</b>
---

<sup>1</sup> Beim Ausfüllen dieser Anlage durch Bewerbergemeinschaftsmitglieder reicht es aus, wenn dieser Teil vom Stellvertretenden einmal ausgefüllt wird.

Beim Ausfüllen dieser Anlage durch Nachunternehmer muss dieser Teil nicht ausgefüllt werden.

<sup>2</sup> Das vom Bewerber benannte Projektteam wird Inhalt des Angebotes im Verhandlungsverfahren und im Zuschlagsfalle Vertragsbestandteil. Ein Austausch von Projektteammitgliedern ist nur mit Zustimmung der Vergabestelle möglich.

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

- Ich/wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich/mein Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

**Angabe über Ausschlussgründe**

Ich erkläre/wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe vorliegen, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellen.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht

- gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gemäß § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gemäß § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

**Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung**

Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Auf entsprechende Aufforderung der Vergabestelle werde(n) ich/wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse<sup>3</sup>, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes<sup>4</sup> sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

**Angabe zu zwingenden Ausschlussgründen nach § 123 GWB**

Ich erkläre/ Wir erklären, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, weder rechtskräftig verurteilt<sup>5</sup> noch gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist, wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

<sup>3</sup> Soweit mein/unser Betrieb beitragspflichtig ist

<sup>4</sup> Soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

<sup>5</sup> Gemäß § 123 Abs. 2 GWB steht einer Verurteilung nach den Vorschriften des § 123 Abs. 1 GWB eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.



Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

**Angabe zu fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB**

Ich erkläre/ Wir erklären, dass

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,
4. das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen seine wesentlichen Anforderungen bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
  - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
  - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
  - c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen der Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen auch nach nochmaliger Anforderung nicht vollständig innerhalb einer angemessen gesetzten Nachfrist vorgelegt werden.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Name des Erklärenden

**Handelt es sich beim Bewerber um eine Bewerbergemeinschaft, ist dieses Formblatt von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu unterschreiben.**

**Werden Nachunternehmer im Wege einer Eignungsleihe eingesetzt, ist dieses Formblatt auch von den Nachunternehmern zu unterschreiben.**

Nichtoffener Realisierungswettbewerb | Neubau der Hauptfeuerwache Trier mit  
Rettungswache und integrierter Leitstelle + anschließendem VgV-Verfahren

**Erklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung / Interessenkonflikten  
gem. § 46 Abs. 2 VgV**

<b>Interessenkonflikte bei Personen die an der Durchführung des Wettbewerbsverfahrens beteiligt sind oder Einfluss auf den Ausgang des Verfahrens nehmen können?</b>		<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Falls ja:			
Auf welche Weise?			
Zu welchen Personen?			
Rechtsverbindliche Unterschrift / Stempel			
	Ort, Datum	Name des Erklärenden	